

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Währungsunion

Joachim Volz
jvolz@diw.de

In den letzten drei Jahrzehnten stieg die Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten des heutigen Euroraums, nur unterbrochen von relativ kurzen Phasen der wirtschaftlichen Erholung. Der jeweils vorhergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte dabei zumeist nicht vollständig kompensiert werden. Zwar hat die Beschäftigung im Euroraum seit 1993 beständig zugenommen, und die Arbeitslosigkeit hatte sich zwischenzeitlich spürbar vermindert. In den meisten Ländern ist sie aber immer noch auf einem so hohen Niveau, dass die Ausweitung der Beschäftigung ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt.

Viele EWU-Länder haben darauf mit Arbeitsmarktreformen reagiert, und auch die EU hat durch die Lissabon-Strategie Impulse in diese Richtung gegeben. Diese Maßnahmen und Strategien sind durchaus positiv zu bewerten. Es bedarf aber einer höheren gesamtwirtschaftlichen Wachstumsdynamik, damit sie ihr Beschäftigungspotential stärker entfalten können.

Seit den 70er Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Ländern des Euroraums in Schüben gestiegen. Insbesondere die verschiedenen Öl- und Dollarkrisen haben hierzu einen erheblichen Beitrag geleistet. Mit jeder Wachstumsabschwächung nahm die Arbeitslosigkeit zu, und zumeist war der anschließende Aufschwung nicht kräftig oder andauernd genug, die Arbeitslosenquote wieder auf das frühere Niveau zu senken, d. h. die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich Stufe um Stufe. Damit einher ging eine starke Erhöhung der Zahl der langfristig Arbeitslosen, was zunehmend zu Verhärtungen am Arbeitsmarkt führte.

In den Jahren nach 1993, als die Arbeitslosenquote auf ein neues Hoch zusteuerte, war die Wirtschaftspolitik der Länder der Europäischen Union, die eine Währungsunion anstrebten, vor allem von dem Zwang geprägt, die Kriterien des Maastricht-Vertrages zu erfüllen. Der Spielraum für die Finanzpolitik wurde also gerade in der Zeit beschränkt, als sich viele Länder von der EWU-weiten Rezession noch nicht ganz erholt hatten. Gleichzeitig war die Geldpolitik, die damals noch von der Deutschen Bundesbank dominiert wurde, restriktiv. Mit der Ausrichtung der zwei wichtigsten makroökonomischen Politikbereiche auf Restriktion war die durchschnittliche Wachstumsrate im Euroraum dann bis 1996 auch nur niedrig. Erst 1997 kam ein im Wesentlichen durch Exporte getriebener, länger anhaltender Aufschwung in Gang, der durch die Krisen in Asien, Russland und Lateinamerika nur vorübergehend beeinträchtigt wurde.

Die Lohnpolitik im Euroraum war in den 90er Jahren sehr moderat. Der sogenannte Verteilungsspielraum¹ wurde selbst unter Berücksichtigung der überzo-

¹ Vgl. Fußnote 2 zur Abbildung 1.

2. Bericht

Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Währungsunion

Seite 295

genen Lohnerhöhungen während des deutschen Vereinigungsprozesses im Mittel nicht überstrapaziert (Abbildung 1). Damit einher ging zeitweise eine unterdurchschnittliche Entwicklung des privaten Verbrauchs; erst Ende der 90er Jahre, als die Geldpolitik allmählich gelockert wurde und sich in der Folge Produktion und Beschäftigung weiter belebten, trug auch der private Verbrauch zum Wachstum bei. Das Jahr 2000 wiederum, als sich – ausgehend von den USA – die internationale Konjunktur mit dem Zusammenbruch der Aktienmärkte, den Übersteigerungen im IT-Bereich, der Ölpreisexpllosion und der verzögerten Lockerung der Geldpolitik rasch abkühlte, markierte für den Euroraum den Wendepunkt zu einem erneuten Abschwung, dessen Folgen für den Arbeitsmarkt bis heute noch nicht völlig überwunden sind.

Entwicklung wichtiger Arbeitsmarktindikatoren 1993 bis 2005

Arbeitslosenquote

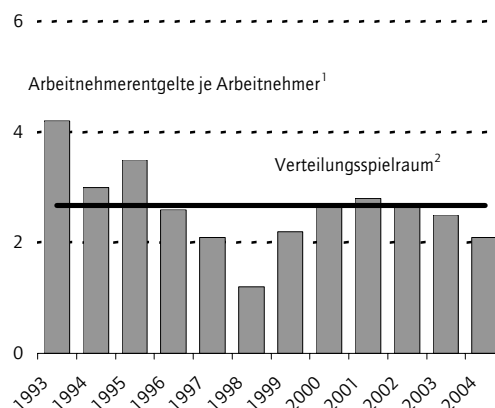
Die Zahl der Arbeitslosen und damit auch die Arbeitslosenquote (standardisierte Quote nach den Berechnungen der OECD) folgten in den Jahren seit 1993 der konjunkturellen Entwicklung in der EWU. Bei sehr unterschiedlichem Ausgangsniveau stieg die Arbeitslosenquote in der Rezession 1993 gegenüber dem Vorjahr kräftig an; danach verharrte sie einige Jahre bei knapp 11 %. Dabei nahm in allen Ländern die Zahl der längerfristig Arbeitslosen zu. Diese Entwicklungen können Indiz dafür sein, dass ein wachsender Teil der Arbeitslosigkeit struktureller Natur ist. Zwar konnten einige Länder, insbesondere Spanien, Finnland und Irland, auch in dieser Zeit ihre Arbeitslosigkeit stark reduzieren. In der EWU insgesamt verbesserte sich die Arbeitsmarktlage aber erst mit dem Aufschwung ab 1998. Nach 2001 ist die Arbeitslosenquote wieder gestiegen; sie ist auch heute noch höher als im letzten Tiefpunkt 2001 (Abbildung 2).

Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen

Die Zahl der Erwerbstätigen im Euroraum ist seit 1993 kontinuierlich gestiegen. Dieser Indikator ist für die Beurteilung der Lage am Arbeitsmarkt indes nur bedingt aussagefähig. Die umfassendere Größe zur Beschreibung des Arbeitseinsatzes ist das Arbeitsvolumen in Stunden, das sich aus der Zahl der Erwerbstätigen und den Arbeitsstunden je Erwerbstätigen ergibt (Abbildung 2 und Tabelle 1). Auch wenn die durchschnittlich geleistete Stundenzahl – bei gleichzeitigem Anstieg der Teilzeitquote – bis 2003 zurückging, nahm das Arbeitsvolumen fast ununterbrochen zu. Von 2001 an reichte das Wachstum

Abbildung 1

Verteilungsspielraum im Euroraum 1993 bis 2004



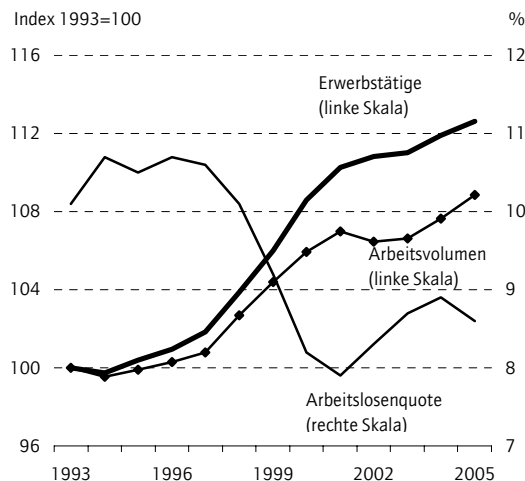
- 1 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
- 2 Inflationswert (1,5%) plus jahresdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritt im Zeitraum 1993 bis 2003 (1,2%).

Quellen: Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 2

Erwerbstätige, Arbeitsvolumen und Arbeitslosenquote im Euroraum 1993 bis 2005



Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

der Arbeitsnachfrage (des Arbeitsvolumens) allerdings nicht mehr aus, den Zuwachs beim Arbeitsangebot zu absorbieren, so dass die Arbeitslosenquote wieder stieg. Ein erheblicher Teil der neu registrierten Erwerbstätigen kam aus der stillen Reserve des Arbeitsmarktes. Gleichzeitig lässt sich eine Abkehr von den Normalarbeitsverhältnissen beobachten: Aus traditionellen Vollzeitarbeitsplätzen werden

Tabelle 1

Wichtige Arbeitsmarktindikatoren für den Euroraum 1993 bis 2005

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %												
Geleistete Arbeitsstunden ¹													
je Erwerbstätigen	-0,8	-0,2	-0,3	-0,2	-0,4	-0,1	-0,4	-0,9	-0,5	-1,0	-0,0	0,2	0,1
je abhängig Beschäftigten (ohne Österreich, Finnland)	-1,0	-0,3	-0,6	-0,5	-0,3	-0,1	-0,4	-1,1	-0,5	-0,9	-0,5	0,2	0,0
Erwerbstätige	-1,8	-0,2	0,7	0,6	0,9	2,0	2,1	2,5	1,6	0,6	0,4	1,0	1,0
Abhängig Beschäftigte	-1,7	-0,3	0,8	0,7	1,2	2,3	2,6	2,8	1,8	0,7	0,4	1,0	1,1
Lohnstückkosten ²													
Gesamtwirtschaft	4,1	0,5	2,2	1,4	0,3	0,6	1,6	1,5	2,4	2,3	1,8	0,8	1,4
Unternehmenssektor	4,0	0,2	1,7	0,6	-0,5	0,3	0,7	1,0	2,2	1,9	1,4	0,5	1,1
	Quoten in %												
Arbeitslosenquote	10,1	10,7	10,5	10,7	10,6	10,1	9,2	8,2	7,9	8,3	8,7	8,9	8,6
Teilzeitquote ³	12,5	13,2	13,7	14,1	14,7	15,2	15,7	16,0	16,1	16,6	16,9	17,8	19,0
Partizipationsquote ⁴													
Insgesamt	58,2	57,8	58,0	58,1	58,4	59,2	60,4	61,5	62,2	62,4	62,6	63,0	
Männer	70,3	69,5	69,4	69,2	69,3	69,9	70,8	71,6	72,0	71,7	71,5	71,5	
Frauen	46,2	46,2	46,6	47,1	47,7	48,6	50,1	51,4	52,4	53,1	53,6	54,5	

¹ Für 2005 Schätzung des DIW Berlin.

² Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten.

³ In % der Erwerbstätigen insgesamt.

⁴ Anzahl der erwerbstätigen Personen in der jeweiligen Gruppe im Alter zwischen 15 und 64 Jahren in Relation zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe in derselben Altersklasse.

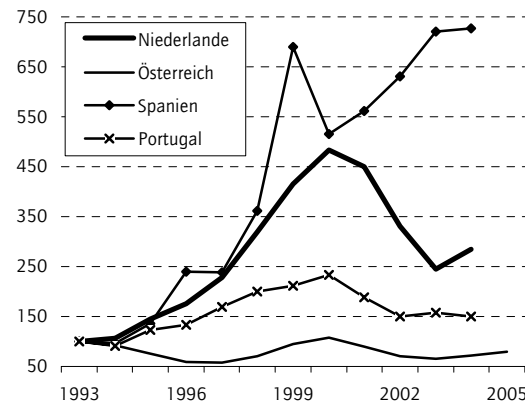
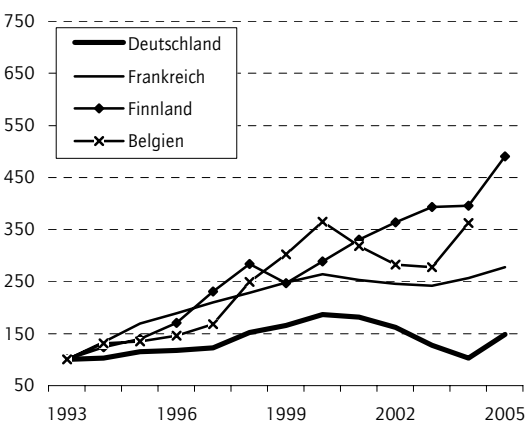
Quellen: OECD; Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 3

Offene Stellen im Euroraum

Index 1993=100



Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

immer mehr ‚atypische‘ Beschäftigungsformen, insbesondere befristete, Teilzeit- und sogenannte Minijobs. In einigen Ländern – besonders ausgeprägt in Deutschland – hatte dies zur Folge, dass die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse trotz des Anstiegs der Erwerbstätigenzahl abnahm – mit negativen Folgen für die jeweiligen Sozialversicherungssysteme.

Ein Indikator für die gestiegene Arbeitsnachfrage ist auch die Entwicklung der offenen Stellen. Hierfür sind leider keine Zahlen für den Euroraum insgesamt verfügbar. Für die meisten Länder zeigt sich zwar für den Beobachtungszeitraum langfristig wie auch für die letzten zwei bis drei Jahre ein Aufwärtstrend; die Relation von offenen Stellen zur Zahl der Arbeitslosen liegt aber zumeist unter 10% (Abbildung 3).

Entwicklung der Partizipationsquoten

Der Anteil der erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an der Bevölkerung hat seit 1993 deutlich zugenommen. Dies geht fast ausschließlich auf die verstärkte Erwerbsbeteiligung der Frauen (Tabelle 1) zurück. So stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Erwerbsbevölkerung von 46% im Jahre 1993 auf rund 55% in 2004. Demgegenüber blieb die Partizipationsquote bei den Männern mit rund 70 bzw. 72% fast gleich. Die Ausweitung des Arbeitsvolumens im Euroraum zwischen 1993 und 2004 ist damit

vor allem auf die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit zurückzuführen. Dass die Ausweitung des Arbeitsplatzangebots Frauen stärker zugute gekommen ist, dürfte auch im Zusammenhang mit der anhaltenden Tertiärisierung der Volkswirtschaften zu sehen sein. Zu beachten ist aber auch, dass die neuen Arbeitsplätze vielfach im Niedriglohnbereich entstanden sind bzw. bestehende Arbeitsplätze in derartige, geringer bezahlte Arbeitsverhältnisse umgewandelt wurden.²

Alles in allem sind im Beobachtungszeitraum die Zahl der Erwerbstätigen und das Arbeitsvolumen in der EWU deutlich gestiegen. Dies schlug sich jedoch nicht in vollem Umfang in einer Verringerung der Arbeitslosigkeit nieder, weil sich das Arbeitsangebot ebenfalls erhöht hat.

Tendenzen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der EWU

Gesamtwirtschaftlich gesteuerte Wachstums- und Beschäftigungspolitik ist in der öffentlichen Debatte in den letzten zehn Jahren stark in den Hintergrund getreten. Stattdessen dreht sich die Diskussion vor allem um eine Veränderung der Arbeitsmarktstrukturen. Die Arbeitslosigkeit, so wird argumentiert, sei ein weitgehend strukturelles Phänomen. Flexibilität und Mobilität der Arbeitsuchenden seien zu gering, die Arbeitskosten insbesondere im Niedriglohnbereich zu hoch, und die Qualifikationen entsprächen vielfach nicht den Ansprüchen. Mit dieser Diagnose verbindet sich in allen Ländern des Euroraums die Forderung, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes müsse erhöht werden. Solange dies durch Lohnkostensenkungen erreicht werden soll, ist der Erfolg nur garantiert, wenn die konkurrierenden Länder nicht dieselbe Strategie fahren. Sonst droht ein Wettlauf, bei dem keiner gewinnt, zumal auch die Problematik einer Beeinträchtigung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage durch absolute oder relative Lohnsenkungen hierbei häufig ausgeblendet wird.

Alle Länder im Euroraum haben entsprechend dieser Analyse in den letzten Jahren vor allem auf nationaler und regionaler Ebene zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Auch auf europäischer (EU-) Ebene hat es mit der Lissabon-Strategie einen Versuch gegeben, Konzepte zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu entwickeln. Einige Facetten dieser Strategie sollen hier beleuchtet werden.

Im März 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon eine Strategie zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Europäischen Union, zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung und zur Bewältigung der sozialen Probleme verabschiedet.³ Ziel war es vor allem, das sich vergrößernde Gefälle

zwischen der EU und den USA hinsichtlich Wachstum und Produktivität, das auf eine Wirtschaftsleistung der EU unter Potentialniveau schließen ließ, wieder zu verringern. Mittelfristig glaubte man, das Wirtschaftswachstum auf dauerhaft 3 % anheben zu können. Als zentrale Herausforderungen sah man die Globalisierung (zunehmender Wettbewerb), den Trend zu einer wissensbasierten Volkswirtschaft (höhere Anforderungen an das Humankapital) und die Demographie (Alterung der Bevölkerung und der Druck auf die Sozialsysteme).

Strukturelle Reformen sollten inflationsfreies Wachstum und Beschäftigung fördern. Dabei stehen aus wirtschaftlicher Sicht folgende Ziele bzw. Maßnahmen im Vordergrund:

- eine Anhebung der Gesamtbeschäftigungsquote in der EU bis zum Jahre 2010 auf 70 % (bei der Frauenerwerbsquote auf 60 %),
- eine Erhöhung des Humankapitals durch bessere Erziehung und Fortbildung,
- eine Anhebung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts,
- eine stärkere Öffnung der Dienstleistungsmärkte.

Ein Großteil der dafür erforderlichen Reformen fällt in Bereiche, die der nationalen Zuständigkeit unterliegen. Dies entspricht insoweit auch dem Grundgedanken der Subsidiarität, wobei eine Kooperation der Mitgliedsländer auf EU-Ebene auch wegen der grenzüberschreitenden Auswirkungen von Reformmaßnahmen erforderlich ist. Die Umsetzung dieser Strategie ist nur in Ansätzen gelungen. So liegt der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt immer noch bei 2 %, und die Öffnung der Dienstleistungsmärkte ist bisher nicht wirklich in Gang gekommen.

Die für das Jahr 2005 gesetzten beschäftigungspolitischen Zwischenziele der Lissabon-Strategie sind in sehr unterschiedlichem Maße realisiert worden (Tabelle 2). Während die Umsetzungsquote bei den Binnenmarkttrichtlinien fast erfüllt wurde und die Frauenerwerbsquote den Zwischenzielwert (57 %) erreicht hat, hinkten die Gesamtbeschäftigungsquote und insbesondere die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (mit etwa 42 % gegenüber dem Zielwert von 50 %) deutlich hinterher.

² Vgl. Karl Brenke: Wachsender Niedriglohnbereich in Deutschland – sind Mindestlöhne sinnvoll? In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 15–16/2006.

³ Zu den Einzelheiten vgl. insbesondere: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, die dort angegebenen, dem Rat vorgelegten Dokumente (www.portugal.ue-2000.pt) sowie die Ratsdokumente aus den Folgejahren.

Tabelle 2

Wichtige Ziele, Zielvorgaben und Zielrealisierung im Rahmen der Lissabon-Strategie¹ in den ersten fünf Jahren²

Ziel	Indikator	Zielvorgabe	Zieljahr	Zwischenziel	Stand
				2005	2005
1. Aktive Beschäftigungspolitik für mehr und bessere Arbeitsplätze in Europa	Beschäftigungsquote	70,0%	2010	67,0%	64,8%
	Frauenbeschäftigungsquote	60,0%	2010	57,0%	57,0%
2. Höhere Wettbewerbsfähigkeit durch Verwirklichung des Binnenmarktes	Umsetzungsquote der Binnenmarktrichtlinien	98,5%	2002		97,0%
3. In Menschen investieren – soziale Ausgrenzung bekämpfen	Frühzeitige Schulabgänger	10,0%	2010		18,0%
4. In Humankapital investieren und Lernen realisieren	Beschäftigungsquote bei Arbeitnehmern im Alter von 55–60 Jahren	50,0%	2010		41,9%
5. Forschungsförderung	F&E-Ausgaben in % des BIP	3,0%	2010		2,0% (2003)

¹ Lissabon-Strategie vom März 2000 mit Nachfolgestrategien von Stockholm (März 2001) und Barcelona (März 2002). ² Für den Durchschnitt der EU 15.

Quellen: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, die dort angegebenen, dem Rat vorgelegten Dokumente (www.portugal.ue-2000.pt) sowie die Ratsdokumente aus den Folgejahren.

DIW Berlin 2006

Bei der nationalen Umsetzung der beschäftigungspolitischen Ziele der Lissabon-Strategie standen Arbeitsmarktreformen im Vordergrund. Einerseits sollten die Anreize zur Erwerbsbeteiligung verstärkt werden, andererseits Hemmnisse bei der Einstellung Arbeitsuchender in den Unternehmen beseitigt werden. Die meisten Länder haben ein Bündel verschiedener Maßnahmen ergriffen. So wurden der Faktor Arbeit steuerlich bzw. bei den Sozialabgaben entlastet, die Vorruhestandsregelungen restriktiver gehandhabt oder der Umfang der Sozialleistungen geschmälert. Ansatzweise wurde auch der Kündigungsschutz – vor allem bei befristeten Arbeitsverhältnissen – gelockert. Die überwiegend tarifrechtlichen Regelungen unterliegenden Lohnabschlüsse waren im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt – gemessen an der entsprechenden Produktivitätsentwicklung – zumeist sehr moderat.⁴

Ausblick

Insgesamt dürfte die Lissabon-Strategie dazu beitragen, strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt zu entschärfen. Sie greift im Wesentlichen Ansätze auf, die auf nationaler Ebene ohnehin aktuell sind. Ein deutlicher Effekt in Richtung auf eine Senkung der Arbeitslosigkeit insgesamt ist in den letzten Jahren aber noch nicht zu erkennen; hierzu fehlt es wei-

terhin an der notwendigen Wachstumsdynamik im Euroraum.

Die Lissabon-Strategie sagt wenig über die erforderlichen makroökonomischen (insbesondere auch Nachfrage-) Bedingungen aus, die es dafür zu schaffen gilt.⁵ Nur wenn das Zusammenspiel von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik entsprechend gestaltet ist, kann das mittels der Lissabon-Strategie zu steigernde Wachstumspotential auch ausgeschöpft werden. Wie frühere Untersuchungen über die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums gezeigt haben,⁶ ist es vor allem erforderlich, dass ein ausreichend kräftiger Aufschwung über mehrere Jahre hindurch erreicht wird. Die in den letzten Jahren durchgeführten Reformen würden es tendenziell erleichtern, einen länger andauernden Wachstumsprozess frei von Störungen – etwa als Folge von die Preisstabilität gefährdenden ‚bottle-necks‘ am Arbeitsmarkt – zu halten.

⁴ Dabei entsprach die schwache Lohnentwicklung sogar der sehr weitgehenden Forderung der Vertreter einer Berücksichtigung der sogenannten Entlassungsproduktivität, nach der Produktivitätszuwächse bei der Lohnanpassung insoweit nicht zu berücksichtigen seien als sie lediglich auf Entlassungen zurückzuführen wären.

⁵ Hierzu wurden auch bei dem EU-Gipfel im März dieses Jahres, bei dem die Diskussion der Lissabon-Agenda allerdings nur von untergeordneter Bedeutung war, keine Aussagen gemacht.

⁶ Vgl. etwa Camille Logeay und Joachim Volz: EWU – Wachstum schafft Beschäftigung. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 50/2000.

**The British Embassy, DIW Berlin and
the Anglo-German Foundation are pleased to invite you
to the next DIW Berlin Seminar with**

Professor John Van Reenen and Dr Tobias Kretschmer
Centre for Economic Performance (CEP) at the
London School of Economics

Report Launch and Debate
'Better Work-Life Balance – Higher Productivity?
Results of a Comparative Management Study'

Wednesday, May 17, 2006 at 1:00 p.m.

British Embassy Berlin
Wilhelmstraße 70-71, 10117 Berlin

Companies that are bigger and better managed seem to provide a better work-life balance for their employees, according to a new report published by the Anglo-German Foundation. Globalisation and tougher product market competition improve management practices but without any detrimental impact on work-life balance. However, there is no evidence that firms with better work-life balance practices – shorter hours, flexible working, family-friendly policies, etc. – have higher productivity.

The comparative study uses an innovative survey tool on over 700 manufacturing firms in France, Germany, the UK and the United States to ask questions about management practices and work-life balance.

Comment: Elisabeth Niejahr, Die Zeit

Chair: Regina Vogel, Deputy Director, Anglo-German Foundation

The presentation will be held in English.

Please confirm your participation by **May 5, 2006**

By fax: 030-897 89 119

or by e-mail: events@diw.de.

For security reasons at the British Embassy, we ask you for a confirmed reservation. Please remember to bring valid identification.

The event starts with a lunch.

Pamela Major
Counsellor EU & Economic
British Embassy

Dr. Susanne M. Schmidt
Managing Director
DIW Berlin

Regina Vogel
Deputy Director
Anglo-German Foundation



Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.